**Vorschriften zur Weiterleitung von Zuwendungen nach § 14 ÖPNVG NRW im
Kooperationsraum A - Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und Nahverkehr Niederrhein –
im Rahmen der sog. „Beschäftigungsoffensive SPNV NRW“
vom **XX.03.2024****

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (VRR AöR) gewährt Zuwendungen auf der Grundlage dieser Richtlinien und nach Maßgabe folgender Regelungen in der jeweils geltenden Fassung:

- a) §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 ([GV. NRW. S. 158](#)), sowie die zugehörigen Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung vom 6. Juni 2022 ([MBI. NRW. S. 445](#)) in der jeweils geltenden Fassung, im Folgenden VV zur LHO,
- b) Dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG)
- c) Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1; L 283 vom 27.9.2014, S. 65), im Folgenden AGVO,
- d) Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), im Folgenden De-minimis-Verordnung,
- e) Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8)
- f) Richtlinie 2006/111/EG der Kommission vom 16. November 2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten und den

öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. L 318 vom 17.11.2006, S. 17) sowie

- g) die zu den vorstehenden Verordnungen erlassenen Delegierten Verordnungen und Durchführungsverordnungen der Europäischen Union.

Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens und im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel sowie im Einzelfall auf Grundlage einer beihilferechtlichen Prüfung.

2 Zuwendungszweck und übergeordnete Zielsetzungen

Förderfähig sind Vorhaben, die geeignet sind, eine nachhaltige Personalentwicklung bei Eisenbahnverkehrsunternehmen zu erreichen. Dazu zählen insbesondere

- Maßnahmen zur Qualifizierung- und Schulung von Mitarbeitern in systemkritischen Berufsgruppen im Schienenpersonennahverkehr (insbesondere Triebfahrzeugführer, Kundenbetreuer, Disponenten, Betriebsplaner, Koordinatoren für Fahrgastinformation, Geschäftsvorfallmanager, Fahrgastinformationsmanager)
 - Übernahme des Risikos von Kursabbruch und Kursdurchfall von Qualifizierenden (Triebfahrzeugführern und Kundenbetreuern) durch Kostenerstattung (Qualifizierungs- und Gehaltskosten der Theoriephase) in unternehmensübergreifenden Qualifizierungskursen der Beschäftigungsoffensive
 - Übernahme der Qualifizierungskosten in der Theoriephase für Teilnehmer von Teilzeit-Qualifizierungen im Bereich Triebfahrzeugführer:innen
 - Übernahme der Kosten für zusätzliche Qualifizierungen und Sprachschulungen für Triebfahrzeugführer, Kundenbetreuer, Disponenten, Betriebsplaner, Koordinatoren für Fahrgastinformation, Geschäftsvorfallmanager, Fahrgastinformationsmanager
 - Übernahme der Kosten für die Erstellung von Konzepten von Qualifizierungsmaßnahmen inkl. Vorschaltmaßnahmen
 - Übernahme der Kosten für eine Umgestaltung der Arbeitsumgebung für Disponenten zwecks Gewinnung zusätzlicher Mitarbeiter (Voraussetzung für störungsfreien SPNV-Betrieb und damit einhergehend erhöhter Attraktivität

weiterer systemkritischer Berufsbilder im SPNV, bspw. Triebfahrzeugführer oder Kundenbetreuer)

- Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher Fahrlehrer für die praktische Qualifizierungsphase in Eisenbahnverkehrsunternehmen
- Maßnahmen zur Unterstützung der Rekrutierung von Qualifizierungsteilnehmern (Triebfahrzeugführer und Kundenbetreuer) für unternehmensübergreifende Qualifizierungskurse

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können Eisenbahnverkehrsunternehmen sowie juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts, die Zwecke des SPNV verfolgen, sein.

4 Art und Umfang der Zuwendung

4.1 Zuwendungsart: Projektförderung

4.2 Finanzierungsart: **Festbetragsfinanzierung (sollte durch das Land NRW anders entschieden werden, wird eine Anpassung der Förderrichtlinie erforderlich)**

4.3 Form der Zuwendung: Zuschuss/ Zuweisung

4.4 Die Zuwendung wird kaufmännisch auf volle 100,-- EUR gerundet.

5 Verfahren

5.1 Bewilligungsbehörde

Bewilligungsbehörde ist die VRR AöR

5.2 Antragsverfahren

Die Anträge können unmittelbar bei der VRR AöR eingereicht werden.

Soweit aus haushalterischen Gründen nicht alle Vorhaben bewilligt werden können, entscheidet das für Verkehr zuständige Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen über eine Priorisierung der Maßnahmen.

5.3 Antragsunterlagen

Die Anforderungen an die Unterlagen sollen je nach Art des Vorhabens auf das für die Beurteilung der Förderfähigkeit notwendige Maß beschränkt werden. Im Einzelfall kann die Bewilligungsbehörde die Anforderungen an die Unterlagen modifizieren, wenn die Beurteilung der Förderfähigkeit aus den eingereichten Unterlagen nicht möglich ist.

Mit dem Förderantrag ist eine detaillierte Projektbeschreibung sowie eine Finanzierungs- und Zeitplanung für das Vorhaben abzugeben.

5.4 Bewilligung

Die Bewilligungsbehörde prüft den Antrag auf Erfüllung der Fördervoraussetzungen sowie die Zuwendungsfähigkeit der veranschlagten Ausgaben.

5.5 Zuwendungsbescheid und Unterrichtungspflichten

Die Bewilligungsbehörde erteilt dem Antragsteller den Zuwendungsbescheid. Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde den anschließenden Maßnahmenbeginn oder gegebenenfalls dessen unplanmäßige Verzögerung unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die Bewilligungsbehörde kann sich unbeschadet der Nr. 8.2.3 der Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen an Gemeinden der VV zu § 44 LHO, im Folgenden VVG, den Widerruf des Zuwendungsbescheides gemäß § 49 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1999 ([GV. NRW. S. 602](#)) in der jeweils geltenden Fassung für den Fall vorbehalten, dass mit der Maßnahme bis zum Ende des dem Jahr der Bewilligung folgenden Haushaltsjahres nicht begonnen worden ist.

5.6 Zuwendungsbestimmungen und Nebenbestimmungen

Die für den jeweiligen Zuwendungsempfänger geltenden Nebenbestimmungen

- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung gemäß Anlage 2 zu Nr. 5.1 VV zu § 44 Abs. 1 LHO, im Folgenden ANBest-P

werden Bestandteil des Zuwendungsbescheids.

Die darüberhinausgehenden Regelungen dieser Richtlinien sind als zusätzliche Nebenbestimmungen aufzunehmen.

5.7 Planungsänderungen und Änderungen der zuwendungsfähigen Ausgaben

Soweit von der der Bewilligung zugrundeliegenden Planung erheblich abgewichen werden muss, vergleiche Nummer 1.3 der ANBest-P, ist vor Verwirklichung dieser abweichenden Planung die Zustimmung der Bewilligungsbehörde einzuholen. Wesentlich sind Änderungen der Planungen, die die Funktionalität des geförderten Gegenstands einschränken oder erweitern.

Änderungen der zuwendungsfähigen Ausgaben können nur aus besonderen Gründen unter Anlegung eines strengen Maßstabes berücksichtigt werden. Insbesondere dürfen die höheren Ausgaben nicht bereits bei der Antragstellung bekannt gewesen sein. Die ausnahmsweise Genehmigung eines Antrages auf Erhöhung der Zuwendungen zur Erreichung des Zuwendungszwecks im Sinne von Nr. 4.3 VVG zu § 44 LHO erfolgt durch die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit dem für Verkehr zuständigen Ministerium. Bei Ermäßigung der Gesamtausgaben oder Hinzutreten neuer Deckungsmittel ermäßigen sich die Zuwendungen entsprechend.

5.8 Auszahlung der Zuwendung

Der Zuwendungsempfänger beantragt die Auszahlung der Zuwendung bei der Bewilligungsbehörde mit formlosen Schreiben. Dabei ist eine Übersicht über die bisherigen sowie die innerhalb der nächsten 8 Wochen zu erwartenden Ausgaben beizufügen.

5.9 Verwendungsnachweis

Die Bewilligungsbehörde prüft, ob der Zuwendungsempfänger die bestimmungsgemäße Verwendung der Zuwendungen durch das fortgeschriebene Ausgabeblatt nachgewiesen hat. Zur Vorlage des Verwendungsnachweises wird auf die Fristen der ANBest-P hingewiesen

Wird dieser nicht innerhalb der in den VV zu § 44 LHO und VVG zu § 44 LHO genannten Fristen der Bewilligungsbehörde vorgelegt, so kann diese die Zuwendung zu Lasten der des Zuwendungsempfängers zzgl. Zinsen zurückfordern.

6 Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit Wirkung vom **XX.YY.2024** in Kraft.

Entwurf